

Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel

Die neuen grünen Wähler_innen
in Sachsen

- Kurzfassung -

Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel

Die neuen grünen Wähler_innen
in Sachsen



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Michael Lühmann,
Christian von Eichborn,
Katharina Rahlf

unter Mitarbeit von

Klaudia Hanisch,
Daniela Kallinich,
Andreas Wagner

und

Jörgen Roggenkamp

Anmerkungen zur Gesamtstudie

Der grüne (Umfragen-)Höhenflug scheint, auf noch immer hohem Niveau, vorerst vorbei zu sein. Krönte noch im Frühjahr 2011 der Sieg Winfried Kretschmanns in Baden-Württemberg den grünen Aufschwung, der seit 2010 zu spüren war, verschlechterten sich spätestens seit der Berlin-Wahl im November 2011 die Machtperspektiven der Partei in den Ländern wieder. Parallel hierzu stieg erst langsam, in den vergangenen Monaten dann schlagartig, die Zustimmung zur Piratenpartei. Erstmals verloren die Bündnisgrünen bei den Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag an Zustimmung, wenngleich auf hohem Niveau. Schließlich bildeten die Wahlen in Nordrhein-Westfalen¹ 2010 den Auftakt zum Höhenflug der Jahre 2010 und 2011, der vor allem im Bereich der Demoskopie bisweilen überdrehte.

Um den hektischen demoskopischen Befunden eine längerfristige Tiefenanalyse an die Seite zu stellen, hat im Frühjahr 2011 eine Forschungsgruppe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung – in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung – begonnen, diesen Prozess über ein Jahr mit einer qualitativen Studie zu begleiten.² Ziel dieser Studie war es, in drei Bundesländern – Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Sachsen – Einstellungsmuster und Werthaltungen grüner Neu- und zum Vergleich auch grüner Stammwähler_innen zu explorieren. Die drei Teilstudien dienten dazu, die kurzfristigen Modeerscheinungen von möglichen langfristigen gesellschaftlichen Verschiebungen unterscheiden zu können. Handelt es sich beim grünen Aufschwung also lediglich um einen vorübergehenden Zeitgeisteffekt³ oder ist er darüber hinaus Ausdruck eines grünen Wertewandels – im Sinne einer Verschiebung bzw. Umdeutung spezifischer gesellschaftlicher Werte? Und wenn letzteres der Fall ist: Hält dieser grüne Wertewandel auch im demoskopischen Abschwung der Partei noch an?

Die baden-württembergischen Erhebungen zeigten: Beides – temporäre wie dauerhafte

1 Bei der Wahl verdoppelten die Bündnisgrünen ihren Stimmenanteil von 6,2 Prozent im Jahr 2005 auf 12,1 Prozent im Jahr 2010.

2 Bisher durchgeführt und ausgewertet sind die Erhebungen in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein, die auch online zugänglich sind. Michael Lühmann/Daniela Kallinich/Katharina Rahlf/Christian von Eichborn: Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel. Die neuen grünen Wähler_innen in Baden-Württemberg, Göttingen 2011; dies.: Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel. Die neuen grünen Wähler_innen in Schleswig-Holstein, Göttingen 2011, online einsehbar unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/studien/zeitgeisteffekt-oder-gruner-wertewandel> [eingesehen am 20.06.2012].

3 Vgl. zu dieser Wahrnehmung etwa: Franz Walter: Stets im Geist der Zeit, in: Rotary Magazin, Jg. 60 (2010), H. 718, S. 40-43; Thomas Petersen: Mit dem Zeitgeist im Rücken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.11.2010.

– Gründe erklär(t)en das grüne Hoch. So stand einem kurzfristig erhofften Wechsel des Politikstils mithilfe der Grünen und einer starken Frontstellung gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Mappus zugleich der Befund einer deutlich spürbaren Werteverstärkung gegenüber. Hinweise auf eine solche Verstärkung bei den neuen Grün-Wähler_innen fanden sich etwa in der Kritik der Leistungs(druck)gesellschaft, zudem in der Abwendung von der bundesrepublikanischen Leiterzählung des gesellschaftlichen Fortschritts durch ewiges (Wirtschafts-)Wachstum. Nicht zuletzt drückte sich auch in einer veränderten Wahrnehmung der Generationengerechtigkeit, die weniger als soziale Frage verhandelt wurde, sondern vielmehr in die Formel „Wir müssen die Erde für unsere Kinder und Enkel erhalten“ mündete, eine Verstärkung im Werthehaushalt aus. Gleichwohl handelte es sich eher um Indizien denn um handfeste Belege. Dies führte zum Schluss, dass ein Wertewandel, der den Grünen dauerhaft nutzen könnte, allenfalls vor der Tür steht. Überdies zeigte die erste Untersuchungswelle, dass (noch) kein solides Wertefundament existiert, über das sich alte und neue Wähler verständigen können.

Die Ergebnisse aus Schleswig-Holstein bestätigten diese Ergebnisse auf der Ebene der Werte in weiten Teilen. Insbesondere die Skepsis gegenüber Leistung, Fortschritt und Wachstum fand deutliche Bestätigung, wohingegen die vielfach über die Nachhaltigkeit diskutierte Generationengerechtigkeit schwächer ausgeprägt war. Was sich indes in Schleswig-Holstein bereits andeutete, ist eine zunehmend geringere Hoffnung in politische Regelungskompetenz. In Baden-Württemberg hatte sich die Hoffnung auf die Veränderung der Politik noch sehr viel stärker mit den Grünen verbunden, als dies in Schleswig-Holstein der Fall war. Zwar galten auch im Norden die Grünen weitgehend als die einzige Partei, die der Glaubwürdigkeitskrise der Politik etwas entgegenzusetzen vermochte, allerdings war das Vertrauen auf tatsächliche tiefgreifende Veränderungen – auch aus landesspezifischen Gründen – geringer. Deutlich wurde dort auch, dass das Thema Umweltpolitik, mit größerem zeitlichen Abstand zu Fukushima, an Relevanz verloren hatte. Dennoch wurden die Grünen auch hier bei den potentiellen Neuwähler_innen als hoffnungsvoller Akteur eines möglichen Wechsels wahrgenommen, wenn auch weit weniger euphorisch als in Baden-Württemberg. Gleichwohl schien auf dem Fundament einer Wertverstärkung hin zu grün anmutenden Werthehalten und auf der Basis eines Vertrauensvorsprungs vor den anderen Parteien eine deutlich verbreiterte Wählerschaft entstanden, die zwar nicht als Vorreiterin, wohl aber als Unterstützerin grüner Politik gelten konnte.

Aber sind diese Ergebnisse auch auf Sachsen übertragbar, ein Bundesland, welches seit 1990 von der CDU dominiert wird? Ein Land, in dem die Grünen 1999 gerade einmal 2,6 Prozent erzielten und sich ihre Parteiengeschichte so deutlich von der altbundesrepublikanischen unterscheidet? Und lassen sich beim derzeit demoskopisch ermittelten Abschmelzen des grünen Meinungshochs die Ergebnisse derzeit *überhaupt* noch übertragen? Lassen sich in Sachsen ähnliche Veränderungen von Einstellungsmustern finden, wie in den altbundesrepublikanischen Ländern? Welche Sicht auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Politik bringen die sächsischen Wähler_innen der Grünen, Stamm- wie Neuwähler_innen möglicherweise zusammen? Und, wo liegen möglicherweise unüberwindbare Gräben zwischen diesen Wähler_innengruppen? Der vorliegende Bericht will auf diese Fragen erste Antworten liefern.

Werte in der Diskussion

Die Diskussion um die Werthaushalte der untersuchten Wähler_innengruppen offenbart auf den ersten Blick vor allem Gemeinsamkeiten: Im Zentrum und an der Spitze der Wertedebatte steht der Wert der Gerechtigkeit. Obwohl der Wert der Gerechtigkeit, so häufig er auch vorgetragen wurde, zwar normativ nahezu durchweg positiv besetzt ist, scheitert er vielfach an der wahrgenommenen Realität.

Nicht das Positivbild einer – existierenden oder zu schaffenden – gerechten Gesellschaft bildet den Humus des Gerechtigkeitsdenkens, sondern eine in unterschiedlichen Facetten wahrgenommene Ungerechtigkeit. Gerechtigkeit bildet mithin viel stärker aus einer Differenz Erfahrung heraus die Antithese zur wahrgenommenen Ungerechtigkeit, die sich vor allem aus einer gefühlten wie realen Ungleichheit ergibt. Die ungleiche Bezahlung zwischen Ost und West, auch zwischen Männern und Frauen, die ungleichen Bedingungen in der Rechtsprechung, ebenso in der Verteilung von Reichtum und fehlende Chancengerechtigkeit lassen ein starkes Ungerechtigkeitsgefühl selbst in den wirtschaftlich besser situierten Gruppen deutlich hervortreten.

Dahinter steht gleichwohl keine Idee einer nach Gleichheit strebenden Gesellschaft, wie die Abgrenzungsdebatten gegenüber Hartz-IV-Empfänger_innen zeigen. Selbst in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen finden sich trotz der kritisierten Schließungstendenzen des gesellschaftlichen „Oben“ auch deutliche Abschließungstendenz in Richtung des gesellschaftlichen „Unten“. Letztlich reduziert sich Gerechtigkeit in den Neuwähler_innengruppen vielfach auf den Wunsch nach höherer Wertschätzung verbunden mit und Ausdruck findend in einer monetären Besserstellung. Ein mögliches Ideal einer gerechten Gesellschaft wird indes vom mehr oder weniger alltäglichen Ungleichheitsgefühl weitgehend überdeckt. Erst wenn diese Ungleichheiten ausgeräumt sind, wird zum Vorschein treten, was eine gerechte Gesellschaft mehr leisten kann, wie viel partizipatorisches Ideal und wie viel partikulares Interesse sich im Gerechtigkeitsbegriff der befragten Neuwähler_innen finden lässt. Chancengleichheit in der Bildung wäre zumindest ein erster und konsensfähiger Anknüpfungspunkt zur Beschreibung und Schaffung einer gerechten Gesellschaft. Auch die sächsischen Altwähler_innen teilen die Diagnose der Ungerechtigkeit, lassen sich davon jedoch nicht vom utopischen Ideal einer „gerechten Gesellschaft“, die vom solidarischen Miteinander aus der eigenen Verantwortung heraus geprägt ist, abbringen.

Beide angesprochenen Werte – Eigenverantwortung und Solidarität – werden ebenfalls von Neuwähler_innen wie von Altwähler_innen vielfach an die Spitze der eigenen Wertepreferenz erhoben und als Auswege aus dem Ungerechtigkeitsdilemma diskutiert. Gleichwohl ergeben sich hier bereits deutlichere Unterschiede. Für die Neuwähler_innen ist Solidarität in Bezug auf die eigene *peer-group* (Netzwerke, Familie, Umfeld) vor allem eine Abwehrhaltung nach Außen und zugleich Schutzraum nach Innen. Für die Altwähler_innen hingegen ist Solidarität viel stärker ein idealistischer gesellschaftlicher Appell globalen Ausmaßes. Solidarität soll ein Bindeglied hin zu einer gerechten Gesellschaft verantwortlicher Bürger_innen bilden, die Solidarität letztlich gar nicht mehr bräuchte. Die Basis dieses Denkens fußt recht deutlich auf der Idee der Eigenverantwortung, die insbesondere in den Altwähler_innengruppen teils explizit an die Idee der (christlichen) Nächstenliebe anknüpft. Eigenverantwortung wird demnach kollektiv gedacht, in der individuelle Verantwortungsübernahme den ersten Schritt hin zu einer Übernahme von Verantwortung für andere darstellt – als Ermöglichungsstrategie der Vielen. Verantwortung und Eigenverantwortung sind mithin grundlegend für Gerechtigkeit und Solidarität, bilden den Basiswert, aus dem die anderen folgen. Diese Definition kann als ein Verweis auf die kritische Distanz gegenüber – derzeitigem – staatlichen Handelns verstanden werden. Diese ergibt sich aber auch und vor allem aus einer *selbständigen* Geisteshaltung, als eine Form von verantwortlicher

Freiheit, die möglicherweise die ostdeutsche Spielart bzw. Übersetzung des westdeutschen *bewussten* (Konsum-)Handelns darstellt. Erstens scheint hier weniger die Ökologie als vielmehr das Ideal einer freien, solidarischen und gerechten Gesellschaft das einigende Band zu sein; zweitens findet sich vergleichsweise häufig der Rekurs auf christliche Werte – was die spezifisch ostdeutschen Ursprünge von Bündnis 90 in der protestantischen Bürgerrechtsbewegung noch einmal deutlich vor Augen führt.

Diesbezüglich ist die Diskussion um Eigenverantwortung in den Neuwähler_innengruppen eine weitgehend andere. Hier wird die Eigenverantwortung deutlich stärker auf das Eigene fokussiert, als Versprechen von Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber anderen, ist zunächst viel mehr Haltung als Handlung(sanweisung). Als Ermöglichungsstrategie der Vielen bleibt eigenverantwortliches Handeln eher blass und verbleibt im Stadium eines sich Bewusstmachens von Handlungsmöglichkeiten, insbesondere bezüglich der eigenen (Aus-)Bildung. Eigenverantwortung bildet somit, aus Einsicht in die Notwendigkeit, eher die Basis einer Chancengesellschaft, in der der Leistungsimperativ übersetzt in Bildungsanstrengung eine hoffentlich funktionierende Absicherung des eigenen, unabhängigen Lebens bildet. Damit nimmt die Debatte um diesen Wert eine deutlich andere Stoßrichtung als in Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg. Dass in eigenverantwortlichem Handeln vieler Einzelner eine Strategie gesehen wird, gesamtgesellschaftliche Veränderung zu bewirken, etwa in Form bewussten Konsums, spielt in Sachsen nur eine unbedeutende Nebenrolle – in allen untersuchten Gruppen, aber besonders deutlich in den Neuwähler_innengruppen.

Einigermaßen überraschend, wenngleich es sich im Zeitverlauf bereits angedeutet hat, ist die unschlüssige, vielfach emotionslose und teils ablehnende Haltung gegenüber dem Begriff der Nachhaltigkeit in *allen* befragten Gruppen. Selbst für die Altwähler_innen rangiert der Wert in der eigenen Wertung auf den hinteren Rängen, auch wenn man die Prämissen nachhaltiger gesellschaftlicher wie ökologischer Entwicklung weiterhin teilt. Dies liegt zum einen an der Dominanz der Werte Gerechtigkeit, Solidarität und Eigenverantwortung. Zum anderen ist dies aber, zumindest in den Neuwähler_innengruppen, auch damit begründbar, dass der Begriff Nachhaltigkeit kaum noch mit einem ökologischen Projekt assoziiert wird. Ein Projekt, welches vor allem in Baden-Württemberg noch und auch (wenngleich schon deutlich abgeschwächt) in Schleswig-Holstein positiv (und vor allem zentral) mit den Grünen verbunden wurde. Vielmehr wird der, im Prinzip positiv besetzte, Begriff in diesen Gruppen auf einer technisch-rationalen Ebene (Ressourcenverknappung als ökonomisches Problem, Finanzen, Wirtschaft) angewendet und öffnet so politische Zielperspektiven eher jenseits der Ökologie, etwa im Bereich stabiler Haushalte.

Leistung und Fortschritt rangieren in der Werteskala der befragten Proband_innen weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen und verfestigen die gefundenen Indizien für eine mögliche Werteverchiebung im Sinne der bisherigen Erhebungen erneut. Wiederum ist es die Kritik am ungebremsten, wenn auch (irgendwie) notwendigen Fortschritt, der sich vor allem in den Gruppen der Leistungsträger_innen bezüglich einer Kritik des dominanten Wachstumsbegriffs – verbunden mit einem Gefühl der Beschleunigung – erneut manifestiert. Allerdings existiert zu dieser diffusen Ablehnung noch kein Gegenprogramm. Rückschritt und Verzicht, Entschleunigung und ein anderer Wachstumsbegriff könnten Auswege weisen. Hier der Sprachlosigkeit der Proband_innen einen (politischen/ökonomischen/ökologischen) Ausweg zu weisen, könnte ein Rezept sein, dieses Unbehagen an Fortschritt, Wachstum und Beschleunigung politisch aufzufangen und zu binden. Gleiches gilt auch für die Altwähler_innen, die diese skeptische Einschätzung teilen, ebenfalls jedoch nicht so recht in der Lage scheinen, Auswege zu deklinieren.

Wie auch in den vorangegangenen Erhebungen, erzeugt der Leistungsbegriff zunächst reflexhafte Abwehr. Allerdings ist die Stoßrichtung der Ablehnung, im Vergleich zu den altbundesrepublikanischen Ländern, einseitiger: Dominanter als die Kritik an der Überforderung durch Leistungsdruck – der dennoch eine Rolle spielt – ist, anknüpfend an die Gerechtigkeitsdebatte, eine an der (mangelnden) Leistungsentsprechung. Vielmehr wird in den sächsischen Gruppen Leistung als persönliche Anspruchshaltung an sich und alle anderen, insbesondere als Grundvoraussetzung von Bildungserfolg und damit Arbeitsplatzchancen, anerkannt. Dies gilt zugleich für Alt- und Neuwähler_innen. Dennoch unterscheiden sich die grünen Altwähler_innen im gesellschaftszugewandten Denken wiederum deutlich von den übrigen in Sachsen untersuchten Gruppen. Eigenverantwortliches, auch solidarisches Handeln ist eng mit der eigenen Leistung verbunden, die man für die weniger Leistungsstarken zu erbringen bereit ist. Die Prämissen einer Leistungs(druck-)gesellschaft, etwa verbunden mit dem Auseinanderdividieren unterschiedlicher Leistungsfähigkeit(en), wie in den Neuwähler_innengruppen teils deutlich gesehen, stießen indes auf breite Ablehnung. Insgesamt kann nur äußerst bedingt von einem gemeinsamen Wertehaushalt, Einstellungen und Orientierungen beider Wähler_innengruppierungen gesprochen werden. Zwar besteht häufig Einigkeit bezüglich der Diagnosen, etwa bezüglich Verteilungsungerechtigkeiten oder der Notwendigkeit eigenverantwortlichen Handelns. Aber schon die positive Ausgestaltung dieser Werte offenbart Unterschiede. Deshalb lässt sich kein konkretes verbindendes Einstellungs- und Orientierungsmuster finden, welches als Kitt beider Wähler_innengruppen wirken könnte.

Dennoch, und dies verbindet die Erhebungen in allen drei Bundesländern im Süden, Norden und Osten der Republik, kann von einer – möglicherweise grün anmutenden – Werteverstärkung gesprochen werden. Über die Wähler_innengruppen hinweg haben die zentralen Punkte: eine Kritik des unbedingten Wachstumsimperativs, eine Kritik der Leistungs(druck)gesellschaft und ein Appell für eine stärkere nachhaltige (ökologische) Generationengerechtigkeit finden lassen. Gleichwohl zeigen die Entwicklungen vergangener Wahlen und demoskopischer Umfragen, dass hieraus nicht automatisch eine langfristig verbreitete Wähler_innenbasis der Bündnisgrünen folgen muss.

Zukunft, Krisen und Politik

Arbeit, Bildung und Soziales sind die großen Themen der nächsten Jahre für die beobachtete potentielle Grünenwähler_innenschaft. Die Auffassungen über deren genaue Ausgestaltungen, die Chancen und die vermuteten Gefahren, die mit ihnen einhergehen, sind jedoch zwischen den unterschiedlichen Wähler_innengruppen divergierend. Übereinstimmungen in den Problemlösungsansätzen, aber auch in deren inhaltlicher Ausgestaltung lassen sich eher zwischen den unterschiedlichen Neuwähler_innengruppen ausmachen, als zwischen den Neuwähler_innen und den Altwähler_innen.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist für alle beobachteten Wähler_innengruppen ein Schlüssel zur Harmonie und zu starken Dissonanzen zugleich. Die Prekarisierungstendenzen geben allen Wähler_innen Anlass zur Sorge. Keine(r) der Proband_innen äußerte sich erfreut oder optimistisch hinsichtlich Kombilohnmodellen, Leiharbeit oder kurzen Arbeitsverträgen. Die weitreichenden Konsequenzen dieser Entwicklung werden diskutiert: Eine zukünftige Altersarmut wird befürchtet, die Lebensumstände von jungen Familien problematisiert.

Doch die Vorstellungen davon, wie die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zukünftig aussehenden sollte, klaffen auseinander. Eine signifikante Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Situation wird in der gesamten beobachteten Neuwähler_innenschaft nicht angenommen. Vielmehr wird eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit in Sachsen erwartet; der gesamtdeutschen Statistik, die eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit beschreibt, wollen die sächsischen Neuwähler_innen nicht trauen. Aus ihrer Perspektive gilt diese Entwicklung für *den Osten* nicht. Die grünen Altwähler_innen stehen diesem Punkt deutlich optimistischer gegenüber, sehen sie doch im demographischen Wandel eine systematische Verknappung von Arbeitskräften, wovon sie sich positive Effekte auf Lohn und Beschäftigung versprechen. Die beobachtete Stammklientel – so viel sei dazu gesagt – ist in den meisten Fällen nicht *direkt* von einer drastisch zunehmenden Prekarisierung betroffen, da ein Großteil von ihnen im öffentlichen Dienst beschäftigt ist. Die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen kennen die Konsequenzen der Prekarisierung persönlich meist ebenfalls nicht, erleben diese jedoch indirekt durch ihre Kinder mit, die eine stetige Unterstützung brauchen. Beim unterdurchschnittlich verdienenden Pendant hingegen sind es ganz deutlich artikuliert Ängste vor der eigenen Betroffenheit, die zum Ausdruck kommen. Das Resultat dieser Ängste ist allerdings nicht – wie in Schleswig Holstein zu beobachten war – eine grundsätzliche Kritik an der größer werdenden Spaltung zwischen *Arm* und *Reich* in Deutschland,

sondern eine klare Abgrenzung nach *unten*. Von Sozialtransfers Abhängige werden teils polemisch diffamiert, ihnen wird Faulheit nachgesagt und eine mangelnde Übernahme von Verantwortung angelastet. In diesem Punkt weichen die Ergebnisse der Studie eklatant von den bisherigen Beobachtungen in den beiden westdeutschen Ländern ab, verlief die Argumentation dort umgekehrt. Die soziale Sensibilität war in den unterdurchschnittlichen Gruppen stets viel deutlicher ausgeprägt als in den wohlhabenderen Vergleichsgruppen. Das Bedingungslose Grundeinkommen dient in den unterdurchschnittlich verdienenden Diskussionsgruppen Sachsens als Instrument zur Einhaltung des Lohnabstandsgebots und zur Belohnung derjenigen, die sich als Leistungsträger_innen einbringen. Eine als übertrieben wahrgenommene Fürsorge für Hartz-IV-Empfänger_innen könne auf diese Weise ausgebremst werden. Ganz anders ist es bei den Altwähler_innen, die, ausgehend von Überlegungen zur Ermöglichung von mehr Lebenschancen, im Bedingungslosen Grundeinkommen die Chance sehen, einen überalterten und unzeitgemäßen Arbeitsbegriff ad acta zu legen. Arbeit müsse mehr verstanden werden als produktive Tätigkeit denn lediglich als Lohnarbeit. Anerkennung dürfe sich nicht nur im Lohn ausdrücken. All dies sind Argumentationslinien, die in keiner der Neuwähler_innengruppen aufgegriffen wurden, denen dort vielmehr mit tiefer Skepsis gegenüber gestanden wird. Somit bleibt: Einzig die Negativbesetzung von Prekarisierung kann als integrativer Moment begriffen werden. Die arbeitsmarktpolitische Entwicklung anders zu gestalten, ganz gleich durch welche Strategie, würde einen Teil der Neuwähler_innen vermutlich wieder verprellen, zu divergent sind die Vorstellungen davon, was gerecht ist.

Große Einigkeit indes besteht in Fragen der Bildungspolitik. Das gute Abschneiden in der PISA-Studie wird durchweg positiv aufgenommen. Es wird in allen Wähler_innengruppen der Wunsch artikuliert, dieses Niveau zu halten. Dafür wird eine kompetente Besetzung des Kultusministeriums eingefordert, eine Reduzierung des Stundenausfalls angestrebt und auch eine zukünftige Verbeamtung der qualifiziertesten Lehrkräfte angemahnt. Abwanderung und Mangel an kompetenten Fachkräften im Bildungsbereich werden als grundsätzliches Problem wahrgenommen. Zwar wird eine unreflektierte Leistungseuphorie im Bildungssystem immer wieder kritisiert, bis hin zu der Meinung, Scheitern solle wieder möglich werden. Doch im Vergleich zu den altbundesrepublikanischen Ländern ist die Klage über eine mangelnde Durchlässigkeit des Bildungssystems deutlich geringer ausgeprägt. So besteht in allen beobachteten Wähler_innengruppen ein Spannungsverhältnis zwischen einem undefinierten Unbehagen am Leistungsdruck und einer gleichzeitigen Hoffnung, dass Leistungsbereitschaft während der Bildungsjahre den Grundstein für eine

erfolgreiche berufliche Zukunft lege. Die Hoffnung in das Versprechen eines gesellschaftlichen Aufstiegs durch eigene Anstrengung ist in Sachsen in Abgrenzung zu Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg ungebrochen. Eine langfristige Bindung der potentiellen Neuwähler_innen an die Grünen könnte insbesondere durch die Bildungspolitik gelingen. Die Globalisierung der Wirtschaft im Allgemeinen und der Arbeitswelt im Besonderen ist für die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen eine logische und selbstverständliche Entwicklung. Sie wird weder kritisiert noch gelobt, sondern als gegeben hingenommen. Eigene berufliche Erfahrungen seitens der Proband_innen deuten auf eine weltoffene Einstellung hin. Immer wieder werden eigene Beobachtungen aus dem Ausland herangezogen, um die eigene Sicht auf das jeweilige Diskussionsthema zu verdeutlichen. Abwertende oder ausgrenzende Formulierungen wurden dabei nicht verwendet. Diese Weltoffenheit teilen sich diese Wähler_innen mit den grünen Altwähler_innen, in deren Diskussion immer wieder globale Probleme thematisiert wurden – von der Friedenshoffnung in Nahost bis zur Lösung der Klimakrise. Von einem Teil der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen hingegen gab es durchschimmernde Vorbehalte gegenüber den offenen Grenzen zu Polen und Tschechen. Die jeweiligen Kommentare stammen aus den Gruppen des grenznahen Dresdens. Drohender Arbeitsplatzverlust wurde dabei genauso problematisiert wie die Gefahr vor einer Zunahme der Kriminalität. Eine Integration dieser Neuwähler_innen in die grüne Stammklientel dürfte gegenseitig auf große Widerstände stoßen.

Der demoskopische Höhenflug der Grünen war unterfüttert von einer hohen Dichte medialer Berichterstattung zu katastrophalen Umweltkrisen wie das offene Bohrloch im Golf von Mexiko oder die Atomkatastrophe von Fukushima. Die Erhebungen in den drei Bundesländern haben gezeigt, dass die Nachwirkungen und die Erinnerungen an diese Ereignisse mit der nachlassenden medialen Konjunktur schlagartig zurückgehen. Auf Umweltkrisen wurde in den beobachteten Neuwähler_innengruppen in Sachsen nicht eingegangen. Lediglich die Altwähler_innen formulierten Wünsche und Bedenken im Kontext der Atompolitik oder des Klimawandels. Die Sensibilität der potentiellen grünen Wählerschaft für ökologische Probleme ist in Sachsen sehr heterogen; die Neuwähler_innen folgen in ihrer Affinität für die Grünen eher dem unbestimmten Eindruck, dass diese eher in der Lage seien, etwas für die Umwelt zu tun als andere Parteien – Stichwort: „Problemlösepartei“. Hinweise auf eine tiefgreifende Reflektion über einzelne umweltpolitische Aspekte – womöglich ausgelöst durch eine Umweltkatastrophe –, die zu einer bewussten Wahl der Grünen führt, konnten nicht exploriert werden.

Dennoch stellen Krisen gerade in den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen eine Möglichkeit dar, politische Weichenstellungen zu erreichen. Krisen werden hier als Chancen definiert, von denen ausgehend Fortschritt und Nachhaltigkeit – kurz: Verbesserungen – initiiert werden können. Dies bezieht sich auch auf Umweltkrisen. Doch angesprochen auf Krisen argumentieren die meisten Neuwähler_innen gruppenübergreifend vor dem Hintergrund ökonomischer Großereignisse. Die Eurokrise ist hier omnipräsent. Es wird insgesamt befürchtet, dass die Rezession südeuropäischer Volkswirtschaften früher oder später in Deutschland ankommen werde. Nüchtern, fast teilnahmslos blicken die Neuwähler_innen beider Einkommensgruppen der drohenden Katastrophe entgegen. Vor diesem Hintergrund wird eine weitere Ausdünnung des sozialen Netzes antizipiert. Hierzu scheint es in den Augen der Neuwähler_innen keine Alternative zu geben; sie befürchten diese Entwicklung, wissen jedoch nicht, wie man ihr entgegen könnte und flüchten sich in einen sachlichen Pragmatismus. Die unterschiedlichen Neuwähler_innengruppen trennen in dieser Argumentation lediglich Nuancen. Setzt sich bei den überdurchschnittlich verdienenden Zusammenhängen ein begrenzter Optimismus durch, wirken die unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen eher resigniert ob des „kontinuierlichen Chaos“. Die grünen Altwähler_innen haben in Abgrenzung dazu eine stärkere Fokussierung auf Umweltkrisen und sehen die eigene Position – wie auch schon die jeweiligen Vergleichsgruppen in den beiden westdeutschen Ländern – durch deren Häufung bestätigt. Gleichwohl herrscht in den Gruppen Uneinigkeit in der Frage, ob eine langfristige Auflösung der Krisenursachen möglich erscheint. Für einige scheint die Entwicklung unumkehrbar, andere sehen in der Erstarkung grüner Positionen die Gesellschaft auf einem guten, wenn auch Ausdauer fordernden Weg.

Dieser Optimismus macht allerdings Halt vor der politischen Realität in Sachsen. Alle Wähler_innengruppen eint die Ablehnung des CDU-Filz in Verbindung mit konservativen Mentalitäten, etwa im Erzgebirge. Der Konservatismus, die mangelnde Dynamik der sächsischen Wählerschaft werden kritisiert. Auch wenn diese Position insbesondere von den grünen Altwähler_innen forciert wird, tendieren die potentiellen grünen Neuwähler_innen zur gleichen argumentativen Stoßrichtung. Doch die Kritik an der politischen Kultur macht nicht bei der Wählerschaft halt. Die Erwartungslosigkeit der Neuwähler_innen an die politischen Parteien ist in allen Diskussionszusammenhängen sehr ausgeprägt. Die Kritik beginnt innerhalb der überdurchschnittlich verdienenden Diskussionsrunden bei der Diagnose, dass *die* Wirtschaft einen unzulässig großen Einfluss auf die politischen Institutionen und Entscheidungsträger besitzt. Innerhalb der unterdurchschnittlich verdienenden

Neuwähler_innen geht die Kritik weiter, dort wird sogar die Legitimität der parlamentarischen Demokratie selbst stark angezweifelt. Die Vorstellung einer „Repräsentationskrise“ ist hier im Umlauf. Der gemeinsame Kern zwischen den Argumentationen der unterschiedlichen Neuwähler_innengruppen ist die Diagnose, dass die Positionen der existierenden Parteien zunehmend konvergieren und eine Unterscheidung immer schwieriger wird. Zwar wird den Grünen in allen Gruppen eine gewisse Eigenartigkeit und überdurchschnittliche Authentizität zugesprochen, ein Aufbrechen verkrusteter parlamentarischer Strukturen wird ihnen jedoch, auch vor dem Hintergrund einer mangelnden Machtperspektive, nicht (mehr) zugetraut. Diese Rolle haben in weiten Teilen die Piraten übernommen.

Gleichwohl sind die Neuwähler_innen insgesamt skeptisch gegenüber der Zukunftsfähigkeit des neuen Parteiprojektes. Protest und Inhaltsleere werden mit den Piraten genauso verbunden wie die Möglichkeit einer zukünftigen Regierungsbeteiligung. Der ironische Ton, mit dem über die Piraten diskutiert wird, soll eine ganz offensichtliche neugierige Distanz unterdrücken, die man vor der Gesamtgruppe nicht in aller Deutlichkeit artikulieren möchte. Die Begeisterung des politischen Neuanfangs schwingt bei den Wechselwähler_innen jedenfalls mit, fasziniert und lässt unrealistische Projektionen entstehen. Mit den Piraten verbindet sich noch keine Enttäuschung und aufbauend auf der unscharfen Programmatik werden etliche unbegründete Heilserwartungen mit der Neupartei assoziiert. Vielleicht sind es ja sie, die für soziale Gerechtigkeit oder eine Rücksetzung des Renteneintrittsalters kämpfen werden. Die Piratenpartei bildet für die ungebundenen, thematisch nur teilweise mit den Grünen verknüpften Neuwähler_innen eine ernstzunehmende Alternative, auch wenn diese bisher nicht so klar ausformuliert wird.

Unabhängig von jeder Parteilinie herrscht im Gesamten Einigkeit in der Frage, dass der Staat weiter demokratisiert werden solle, während man gleichzeitig ein größeres Engagement der Bürger einfordert. Die Hoffnung, die sich mit einer Ausweitung direktdemokratischer Instrumente verbindet, kann in ihrer Größe fast nur enttäuscht werden. Dem Internet und gut organisierten Bürgerinitiativen wird in den beobachteten Neuwähler_innengruppen die Chance zugesprochen, die zuvor diagnostizierten demokratischen Defizite zu kompensieren. Bei den grünen Altwähler_innen spielt dieser Punkt keine Rolle.

Fazit – Zeitgeisteffekt oder Wertewandel?

Die Antwort auf die Ausgangsfrage, ob das grüne Meinungshoch eher von einem der Partei zugeneigten, nurmehr temporären Zeitgeist getragen (worden) ist oder ob sich unterhalb dessen eine langfristige Verschiebung von Werten, Orientierungsmustern und Einstellungen finden lässt, die diesem Prozess ein perpetuierendes Moment verleihen kann, von dem auch die Bündnisgrünen selbst auf Dauer profitieren können, ist in Bezug auf Sachsen ambivalent zu beantworten: Der Zeitgeist hat zwar seinen grünen Anstrich verloren, aber der (potentiell den Grünen zugewandte) Wertewandel hält, wenn auch verhaltener, weiter an – allein die Partei kann nicht davon profitieren. Diese Unverbundenheit, wenn man so will, von Bewegung und Ziel, ist eines der deutlichsten Ergebnisse aus den sächsischen Erhebungen, das sich in der Rückschau möglicherweise schon in Schleswig-Holstein angedeutet hat. Dies gilt nicht allein für das Verhältnis von Zeitgeist und Wertewandel, sondern auch – und bezüglich der Erhebungen in Sachsen besonders deutlich – für das Verhältnis zwischen grünen Stammwähler_innen und potentiellen Neuwähler_innen.

Zunächst nochmals verdeutlicht an der Frage von Zeitgeist und Wertewandel: In Baden-Württemberg schien evident, dass die Bündnisgrünen von einem Zusammenspiel von Zeitgeisteffekt und Wertewandel hatten profitieren können, das vermuten ließ, die Zustimmung der Neuwähler_innen sei mehr als nur eine vorübergehende.⁴ Eine den Grünen zugeneigte politische Stimmung verband sich – verstärkt durch die Kernschmelzen von Fukushima – mit einer Verschiebung von Werteinstellungen: Eher wegführend von einer ausschließlich sozial gerechten Definition von Generationengerechtigkeit hin zu einer nachhaltigen (ökologischen) Generationengerechtigkeit verbunden mit einer starken Fortschritts-, Wachstums- und Leistungskritik. Eine Kritik, die nicht gleichzusetzen war mit einer grundlegenden Ablehnung dieser Werte, sondern die vielmehr nach einer neuen Sinngebung suchte.

Ähnliche Ergebnisse ließen sich in Schleswig-Holstein beobachten, allerdings mit leicht abnehmender Tendenz, sowohl bezüglich der auf die Grünen fokussierten politischen Hoffnungen als auch im Bereich der Einstellungsmuster. Insgesamt aber ließ sich weiterhin eine Veränderung der Orientierungsmuster im Sinne der unterstellten Werteververschiebung feststellen, die eine darauf aufbauende Zustimmung zu den Grünen auch auf längere Sicht möglich und vor allem plausibel erscheinen ließ. Diese Verbindung wurde bestärkt durch

⁴ Und die Demoskopie bestätigt zumindest für Baden-Württemberg nach wie vor eine Zustimmung zu den Grünen oberhalb des Wahlergebnisses (LTW 2011: 24,2 Prozent, Infratest dimap, 10.5.2012: 28%).

eine die Grünen tragende positive politische Grundstimmung: Die Partei galt als nahezu einzige Alternative zur weithin spürbaren Frustration vor allem bezüglich der Union und der SPD. Einzig die Grünen konnten hier mit einem Vorschuss an Vertrauen punkten, zudem auch mit einem Kompetenzvorsprung in, zu diesen Zeitpunkten und in diesen Ländern, wichtigen Politikfeldern – allen voran in der Umweltpolitik. Die Wahlergebnisse von Baden-Württemberg und auch die in Schleswig-Holstein, die während einer für die Grünen äußerst schwierigen Hausse der Piraten stattfanden, bestätigen diese Beobachtungen.

In Sachsen hingegen fällt die Antwort, wie eingangs angedeutet, weitaus einseitiger aus. Was in Baden-Württemberg noch Euphorie war und in Schleswig-Holstein mindestens hoffnungsvolle Erwartung, ist in Sachsen eher pragmatische Ernüchterung. Der starke grüne Vertrauensvorsprung aus den anderen Ländern ist einer lediglich etwas positiver besetzten Einschätzung der Partei im Vergleich zu anderen politischen Formationen gewichen. Der (grüne) Zeitgeist ist erblasst, die auf die Partei fokussierten Hoffnungen scheinen weitgehend verschwunden. Dieser fehlende Effekt lässt sich aus vielen Faktoren zusammensetzen. Zum ersten fehlt den Bündnisgrünen in Sachsen ganz klar eine Machtperspektive, insbesondere deshalb, weil die Union als Koalitionspartnerin nicht in Frage zu kommen scheint. Einschränkend muss hier aber auch hinzugefügt werden, dass die geringe Nähe zu baldigen Landtags- bzw. Bundestagswahlen, die politische Erwartungshorizonte für gewöhnlich schärfen und Zuordnungen verstärken, weitgehend fehlt. Zum zweiten ist der deutliche Fokus auf das Projekt des Atomausstiegs gewichen. Jenes Projekt hat weitaus stärker mobilisieren können als die darauf folgende Energiewende, die, wie sich etwa in der Schlagzeilendiskussion zeigte, fast keine Rolle mehr in den Zukunftsaussichten der Neuwähler_innen spielt. Hinzu kommt aber auch, ganz generell, eine fehlende Sensibilisierung für grüne Kernthemen – namentlich und besonders für die Umwelt- und Energiepolitik. Die entscheidenden Themen in Sachsen waren vielmehr die Arbeitsmarkt-, noch stärker die Bildungspolitik, die allerdings nur wenig mit der Partei verbunden scheinen. Gleiches gilt für das Krisenpanorama, vor dem sich mögliche Veränderungen politischer Mentalitätslagen begründen lassen. Immer stärker drängt die Euro-, Finanz und Schuldenkrise in den Vordergrund, verdrängt die Umweltkrisen von Deepwater Horizon bis Fukushima, verdrängt die Euphorie um den Atomausstieg und erhöht stattdessen das Bedürfnis nach materieller statt nach ökologischer Sicherheit. Hinzu kommt schließlich noch die Erfolgsserie der Piratenpartei, die auf die potentiellen Wechselwähler_innen auch einen gewissen Eindruck macht und teilweise eine neue Option darstellt.

Dennoch, und hierauf können nicht nur die sächsischen Grünen, sondern kann auch die gesamte Partei aufbauen, ist auch für Sachsen relativ unstrittig, dass sich, über die Altwähler_

innen hinaus, Versatzstücke einer Werteverstärkung konstatieren lassen, wie sie auch schon in den anderen Bundesländern zu beobachten war. Allerdings ist die Leistungskritik weit weniger ausgeprägt und besitzt auch eine andere Stoßrichtung – wie in der Bildungsdebatte bereits angedeutet, stellt persönliche Leistungsanstrengung vielfach die Grundvoraussetzung für die eigenen Lebensmöglichkeiten dar. So fokussiert die, zunächst intuitive geäußerte, generelle Ablehnung des Leistungsbegriffs die Auswüchse der neoliberalen Leistungs(druck)gesellschaft mit all ihren Überforderungen bei gleichzeitigem Absinken von Leistungsgerechtigkeit im Sinne einer ungerechten Leistungsentsprechung. Eine neue Ausdeutung des Leistungsbegriffs jenseits liberaler Marktimperative scheint mithin notwendig.

Deutlicher tritt in Sachsen hingegen, und damit verbindend zu den vorangegangenen Erhebungen, die ablehnende Einstellung zu selbstzweckgebundenem Fortschritt in Verbindung mit dem Heilsversprechen von ewigem Wachstum in den Fokus der Kritik. Den Imperativen einer Wachstumslogik wird – insbesondere wiederum in den Gruppen von Leistungsträger_innen und der Altwähler_innen – die Bedrohung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Lebenswelt entgegengestellt. Die Debatte besitzt indes ein loses Ende, welches nach programmatischer Ausfüllung ruft. Schließlich war es kaum einem der Diskussionsteilnehmer_innen möglich, Auswege aus dem konstatierten Wachstumsdilemma zu zeichnen.

Eine weitere These muss allerdings, wie sich bereits in Schleswig-Holstein angedeutet hatte, zumindest für Sachsen, womöglich aber auch im Zeitverlauf generell, noch stärker zurückgenommen werden: Die Generationengerechtigkeit als nachhaltig ökologischer Zukunftsvertrag wurde in den sächsischen Neuwähler_innengruppen weitaus schwächer ins Zentrum der Debatte gerückt, als dies in Baden-Württemberg zu beobachten gewesen war. Vielmehr standen alle Gruppen dem Nachhaltigkeitsbegriff eher unschlüssig, vielfach emotionslos und teils ablehnend gegenüber. Mit der immer größeren Entfernung zu den Kernschmelzen von Fukushima scheint sich die im März 2011 noch so emphatisch vorgetragene Verschiebung der Generationengerechtigkeit hin zu einem ökologisch-nachhaltigen Projekt zumindest abgeschwächt zu haben. Das zentrale Handlungsfeld dieser Diskursverschiebung, die Umweltpolitik, spielte in den sächsischen Neuwähler_innengruppen jedenfalls eine äußerst geringe Rolle.

Und in dieser Nicht-Thematisierung liegt die Ursache für den zweiten zentralen Bezugspunkt einer mangelnden Übereinkunft von Bewegung und Ziel: Wie bereits beschrieben, lässt sich jenseits des (vagen) Einstellungswandels nicht sehr viel ausmachen, was als verbindender Kitt zwischen Neu- und Altwähler_innengruppen fungieren könnte. Wenngleich Einigkeit über die Notwendigkeit einer gerechteren Gesellschaft besteht, gibt es kaum eine

einende Klammer, die Wege dorthin verbindend und verbindlich erscheinen lassen würde. Ebenso fehlt bei den Neuwähler_innen vielfach, anders als bei den Altwähler_innen, der Glaube an die Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Situation durch Parteien. Auch die Grünen weisen da kaum einen Ausweg. Eine positive Besetzung von Begriffen und Politiken ist in Sachsen weit weniger mit den Grünen verbunden als in den anderen Ländern. Kurzum, die potentiellen, zu den Grünen tendierende Wechselwähler_innen sind in ihren Ansichten sowie in der Wahrnehmung nur punktuell in der politischen Nähe der Bündnisgrünen; in keinem anderen untersuchten Bundesland war die inhaltliche Diskrepanz zwischen Neu- und Altwähler_innen so deutlich. Es fehlt schlichtweg das gemeinsame Projekt. Was in Baden-Württemberg, und deutlich weniger euphorisch auch in Schleswig-Holstein, die Perspektive eines fundamentalen Macht- und Politikwechsels, verbunden mit dem Großprojekt des Atomausstiegs war, fehlt in Sachsen. Die Emphase für umweltpolitische Themen, nun einmal nach wie vor der zentrale und entscheidende Kitt zwischen den Wähler_innengruppen und die mit Abstand wichtigste Antriebsfeder einer Wahl der Grünen, die Umweltthematik, ist aus dem Fokus geraten. Jenseits dessen ist aber allen Wähler_innengruppen kein verbindendes Projekt, keine emphatische Idee gemein, ganz zu schweigen von der weitgehend fehlenden Machtperspektive im Land. Eine tatsächliche Wahlentscheidung für die Grünen, gar eine langfristige Anbindung an die Partei scheinen insofern bei Weitem nicht so sicher wie in den untersuchten altbundesrepublikanischen Ländern. Aber selbst die Piratenpartei kann nur teilweise, und wohl auch nur vorübergehend, in diese Rolle schlüpfen.

Dennoch, und hier kommt den Bündnisgrünen wohl eine noch stärker vermittelnde Aufgabe zu, kann mindestens der konstatierte Einstellungswandel im Sinne einer unterstellten Verschiebung im Wertehorizont, nutzbar gemacht werden. Konkret bedeutet dies, der Wachstums-, Fortschritts und spezifischen Leistungsskepsis programmatisch einen Ausweg zu weisen, mindestens aber einen Sinn zu geben, Ein grüner Wachstums-, Fortschritts- und Leistungsbegriff hätte durchaus die Chance, einigen der Orientierung suchenden Wechselwähler_innen eine neue politische Heimat zu bieten. Allein der Begriff des *Green New Deal* wurde nicht einmal im Altwähler_innenlager spontan angesprochen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass sich bei Abflauen des Piraten-Hypes, einem Abflauen der Urheberrechtsdebatte, und noch grundlegender, mit einer Lösung der Finanzkrisen, wieder stärker Themen herauschälen lassen, die an der Werteververschiebung andocken: eine positive Beschreibung der Energiewende, nachhaltige Finanzpolitik und

konzeptionelle Überlegungen jenseits des Diktats von Fortschritt und Wachstum. Ganz anders, und für die Verbindung von Partei und Wähler_innen nicht minder uninteressant, ist der Befund zur Kernanhänger_innenschaft. Kurz: Die Altwähler_innen in Sachsen und die Altwähler_innen in den untersuchten westdeutschen Bundesländern liegen in vielen Bereichen nicht sehr weit auseinander. Die sächsischen Altwähler_innen vertreten größtenteils „ur-grüne Werte“ und Ansichten – wenngleich in sehr gemäßigtem Duktus. Auffällig – und in gewissem Maße unterschiedlich zu den westdeutschen Altwähler_innen – sind lediglich zwei Punkte. Erstens scheint hier weniger die Ökologie als vielmehr das Ideal einer freien, solidarischen und gerechten Gesellschaft das einigende Band zu sein; zweitens finden sich vergleichsweise häufig der Rekurs auf christliche Werte – was die spezifisch ostdeutschen Ursprünge von Bündnis 90 in der protestantischen Bürgerrechtsbewegung noch einmal deutlich vor Augen führt. Zudem – auch das eint diese Gruppen in allen betrachteten Ländern – zeichnen sich die Altwähler_innen in den Gesprächsrunden durch große Harmonie aus. Sie alle sind sich erstens in relevanten politischen Fragen weitestgehend einig; und zweitens stimmen sie alle darin überein, dass die Grünen eben doch die „beste“ Partei seien, äußern durchweg hohe Zufriedenheit mit „ihrer“ Partei. In Anbetracht des Abschmelzens der Stammwählerschaften bei nahezu allen anderen Parteien ist dies ein für die Partei recht positiver Befund.

Insgesamt lässt sich die Frage nach Zeitgeisteffekt oder Wertewandel über den Verlaufszeitraum der gesamten Studie ambivalent beantworten: Erstens war und ist der – derzeit nur gebremste oder tatsächlich gedämpfte – grüne Höhenflug, von einer den Grünen zugeneigten Werteverchiebung unterfüttert, die, wenngleich teilweise modifiziert, auch im Meinungsabschwung anhält. Zum zweiten wurde der Höhenflug in großen Teilen getragen von einem sich immer stärker abschwächenden Zeitgeisteffekt. Die Finanzkrise, der vermeintliche Rückgang der Bedrohung der Ökologie, der Höhenflug der Piraten, der an Zuschreibungen (Glaubwürdigkeit, Alternative zu den etablierten Parteien) andockt, die noch 2010/11 die Grünen getragen haben, verwandeln die grüne Euphorie in einen verhaltenen Optimismus. Doch ohne diese starken Zeitgeisteffekte scheint ein verbindlicher Konnex zwischen Wertverschiebung und Partei seitens der Neuwähler_innen kein Automatismus zu sein. Wenngleich sich die Neuwähler_innen vom Wertefundament der neuliberalen Leistungs- und Wachstumsgesellschaft distanzieren, muss dies nicht automatisch zu einer elektoralen Bestätigung der Bündnisgrünen führen. Kurzum, die grünen Neuwähler_innen sind alles andere als die Avantgardist_innen eines Wertewandels. Nur wenn die Grünen

den Zeitgeist stark beeinflussen können, sie als selbstbewusste Deuter_innen und Wegweiser_innen der aktuellen gesellschaftlichen Debatten auftauchen, werden Sie die Neuwähler_innen zumindest in Teilen mitnehmen können.

Denn trotz einer gewissen Abkühlung sollte die Bedeutung der – in den Untersuchungen explorierten und weitgehend bestätigten – Verschiebungen auf der Ebene der Werte nicht unterschätzt werden. Bieten doch Veränderungen von Mentalitätsströmen, wenn sie denn politisch wie lebensweltlich aufgegriffen werden, Möglichkeiten einer langfristigen Erweiterung des Wähler_innenpotentials, sind grundlegende Konflikte die zentrale Basis langfristigen Erfolgs. Sollte die ökologische Frage tatsächlich die große Frage des 21. Jahrhunderts sein, sollte der Zielkonflikt zwischen Fortschritt und Beschleunigung und mehr noch der Zielkonflikt zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch, tatsächlich zur großen Erzählung der Zeit werden, wie Tim Jackson anmahnt,⁵ dann bieten die beobachteten untergründigen Verschiebungen im erweiterten Umfeld der Kernwähler_innenschaft der Bündnisgrünen ein günstiges Fundament für ein langfristiges und stabiles Wachstum grüner Politik.

⁵ Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München 2011.



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Michael Lühmann,
Christian von Eichborn,
Katharina Rahlf

unter Mitarbeit von
Klaudia Hanisch,
Daniela Kallinich,
Andreas Wagner
und
Jörgen Roggenkamp